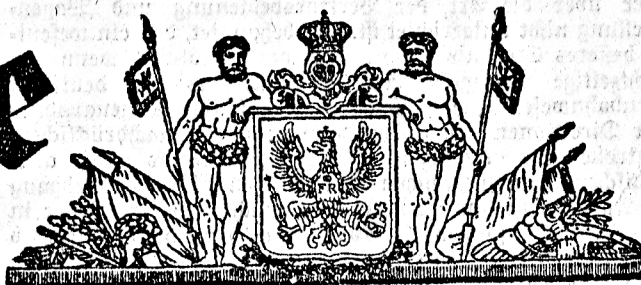


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

40 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 18 Mark. Anzeigen: Zeile 4 Mark und 50% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2,50 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Der Kanzler gegen Fraktionspolitik.

Die Lehren der Krise.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.
v Karlsruhe, 28. Oktober.

Reichskanzler Dr. Brüning sprach heute abend in der badischen Landeshauptstadt im überfüllten Saale der Festhalle in einer Wählerversammlung der Zentrumspartei. Er kam zunächst auf die innerpolitische Lage zu sprechen und führte dabei u. a. aus:

Es liegen bittere Tage hinter uns, sowohl in der Führung der Politik, als in dem Versuch, eine neue Regierung zu bilden. Die formale Demokratie ohne Übernahme der Verantwortung ist an sich ein Unding. Das Badener Land ist in vieler Hinsicht dem Reich musterhaft vorangegangen. Wie die Verhältnisse in Baden sind, so sollten sie auch im Reich sein:

Eine klare Linie, ein festes Ziel. Ein bestimmtes Ja hier, ein bestimmtes Nein dort. Ein Ja für den demokratischen Staat, ein herzliches Ja für die deutsche Republik, für ihren Bestand und für ihr Symbol, die schwarz-rot-goldene Fahne. Ein bestimmtes Nein dem innerpolitischen Wirrwarr, ein Nein jeglicher Diktatur. Und dieses Ja und dieses Nein hat uns in Baden über drei schwere Jahre hinweggeholfen. Nach meiner Meinung muß die Arbeiterschaft und die demokratische Bürgerwelt zusammen miteinander am Rettungswert des deutschen Volkes weiter arbeiten. Nicht trennen und nicht zerstückeln, sondern zusammenfassen und zusammenarbeiten muß heute unser Ziel sein.

In der Reichspolitik habe ich seit 15. Mai das Kanzleramt geführt. Ich habe dabei die Katastrophepolitik verurteilt und werde sie auch in Zukunft verurteilen. Die Frage des Rechts, der Gerechtigkeit, der Veröhnung der Völker liegt mir am Herzen. Ich glaube, was den Abbau des Hasses betrifft, daß unsere Politik nicht vergebens gewesen ist.

Mit Worten allein werden wir unser Schicksal nicht meistern. Die Quelle unseres Erfolges, Aufstiegs oder Niedergangs, ist allein zu suchen in einem arbeitsamen Volke, das unter dem schützenden Dach eines geordneten Staatswesens unverdrossen der Arbeit nachgeht. Für eine Diktatur ist in unserem Volke kein Platz.

Das Ziel der Koalition von Scheidemann bis Stresemann war erreichbar. Die Grundlage für dieses Ziel war im allgemeinen schon präpariert, die Sache war fertig. Wertwüchtig war, daß sie scheiterte, als des Vaterlandes Not am höchsten war. Jedesmal, wenn es gilt mit Herz und Hand die Verantwortung zu übernehmen, schlagen sich gewisse Herrschaften in die Büsche und gehen sogar von Berlin weg.

Ich habe in diesen Tagen Unglaubliches erlebt. Ich war das Hindernis nicht. Ich habe an berufener Stelle erklärt: „Wenn die Vereinigung der Aemter des Reichskanzlers und Finanzministers in einer Person das eigentliche Hindernis ist, die große Koalition zustande zu bringen, dann trete ich zurück.“ Der Feiger der Uhr rückte immer weiter, und die Parteien waren sich nicht einig. Was ein Fehler heute zugestanden hatte, schlug ihm am anderen Tage die Fraktion aus der Hand. Das politische Chaos dümmerte heran.

Daraufhin, nachdem der Feiger der Uhr 412 zeigte, nachdem man sich entscheiden mußte, ob links oder rechts, habe ich dem Reichspräsidenten erklärt, ich sage zu, wenn man mir erlaubt, eine Regierung zu bilden, die auch bereit ist, Fraktions- und parteipolitische Interessen hintanzustellen, damit man zum Ziele kommt. (Stürmischer Beifall.)

Ich habe eine Anzahl Männer gefragt, ob sie bereit sind, mit mir ein Kabinett zu bilden. Ich habe eine überwiegende Mehrheit bekommen. Die Politik des Kabinetts ist ja längst bekannt. Die Politik, die wir uns stellen, ist gestellt allein auf sachliche Weiterführung. Ich habe im Reichstage nicht umsonst gesagt, daß das Ministerium für Wiederaufbau noch offen steht. Es ist eine abgeleitete Sache in Deutschland geworden, Männer wegen ihres religiösen Bekenntnisses zu belächeln. Rathenau ist in das neue Kabinett nicht eingetreten. Er hat Disziplin bewahrt. Er hat sich geopfert, er hat geglaubt, einen anderen Kollegen für das Kabinett zunächst sicherstellen zu müssen, um nicht neue schwere politische Erdbeben hervorzurufen. Ich würdige das Opfer dieses Mannes. Es ist nicht umsonst gebracht worden, und dieser Mann steht wie bisher auch in Zukunft dafür ein, dem Volk und dem Vaterlande zu helfen. (Lebhafter Beifall.)

Der Reichskanzler geht dann auf die oberösterreichische Frage näher ein: „Die von der Entente betriebene Politik in dieser Frage wird eine Politik der Verleumdung Europas werden. Ganz erfolglos übrigens sei die Politik in der oberösterreichischen Frage nicht gewesen. Es sei manches erreicht worden. Die Rede Briand's gebe uns manch wertvollen Fingerzeig, z. B. wenn der französische Minister sagt, die französische Politik habe nachgeben müssen in bezug auf die Einheit Deutschlands. Wir haben durch den Krieg viel verloren, aber die Einheit des deutschen Volkes haben wir gerettet. Das Ziel der französischen Politik ist die alte Kleinstaaterei. Dieses Ziel ist nicht erreicht worden. Darum muß uns die Einheit unseres Vaterlandes in unserer inneren Politik über alles gehen.“

Der Kanzler nannte den Versailler Vertrag den Gegen-

hammer der europäischen Zerstörungspolitik, aber er enthalte einen Paragraphen, der Deutschland das Recht gebe, seine Leistungsfähigkeit von Zeit zu Zeit nachprüfen zu lassen. Dieser Fall sei hier gegeben.

Die ganze Welt eilt einer großen Wirtschaftskatastrophe entgegen. Wenn es nicht gelingt, die wirtschaftskundigen und wirtschaftsverständigen Politiker aller Völker zusammenzurufen, um die Frage zu erörtern.

Wir sind bereit, mit allen Völkern der Erde in friedlichem Wettbewerb wieder an die Arbeit zu treten. Aber dieses deutsche Volk wird von Tag zu Tag tiefer in die Kauf-Lustlosigkeit gestochen. Es ist nicht möglich, politisch ein 60-Millionenvolk auszuschalten, und weltwirtschaftlich ist es eine Torheit, die 60 Millionen Deutscher und die Millionen im Osten auszuschalten zu wollen, ohne sich selbst das Grab zu graben.

Nach vor Weihnachten wird die große Aktion der Aufbesserung der Gehälter durchgeführt werden. Ebenfalls die große Aktion zur Unterstützung der Kleinrentner. Ich werde alle einsetzen, um für die Beamten und Arbeiter eine Neuordnung der Gehälter, und zwar der Grundgehälter durchzuführen. Man soll in der ganzen Welt sehen, daß das Elend unseres Geldwesens Folgen auch für die Alliierten haben wird. Der Sturz der Mark in grundlose Tiefe bedeutet, daß es unmöglich wird, die Reparationszahlungen in so gigantischem Maße aufzubringen, wie es gefordert wird. Die Stabilisierung der deutschen Mark, die Wiedergewinnung eines gewissen Kursstandes der deutschen Mark, ist nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern im Interesse der ganzen Welt gelegen.

Was wir versprochen haben, suchen wir zu erfüllen. Ob wir das können, wird nicht erwiesen durch Bücher, was das deutsche Volk leisten kann, wird allein die führende Tat der Welt offenbaren. Ich rufe der arbeitenden Welt Deutschlands zu: Schließt die Reihen unter der großen Fahne der deutschen Republik, was Euch das Leben und Euren Kindern eine bessere Zukunft bringen wird. Wir reichen aber auch denen die Hand, die über große Vermögen verfügen.

Das europäische Wirtschaftsproblem.

Deutsch über den Handel mit Rußland.

in London, 28. Oktober.

Geheimrat Deutsch hat sich gegenüber einem Vertreter des „Evening Standard“ über die Handelsbeziehungen Mitteleuropas ausgesprochen. Er sprach speziell über die Beziehungen zu Rußland und sagte, daß es nicht möglich sein würde, die Sowjetregierung plötzlich zu entfernen. Er meint, es sei auch nicht wünschenswert, denn die Folgen eines solchen plötzlichen Abbruchs wären sehr schwer wiegen für die ganze Welt. In Rußland seien 150 Millionen Bauern, die nicht Anhänger des Bolschewismus seien, aber sie hätten kein Geld und könnten nichts kaufen und müßten arbeiten, um gerade leben zu können. Geheimrat Deutsch sagte, daß er kein Hindernis für einen Handelsverkehr mit Rußland einsehen könne. Jeder deutsch-russische Vertrag sei in allen Kleinigkeiten gehalten worden, dazu komme für Deutschland die Schwierigkeit der Marktentwertung, die das Land zwingt, mit Rußland Handel zu treiben.

Die Verpflichtungen der Kriegsschädigung wachsen, wie Geheimrat Deutsch sagte, täglich mit dem weiteren Fallen der Mark, aber die Differenz zwischen Import und Export werde jeden Tag kleiner. Deutschland sei gezwungen zu exportieren, um seine Schulden zu bezahlen. Darunter hätten die englischen Arbeitslosen zu leiden, aber Deutschland müsse exportieren, denn es würde von Frankreich zerstört werden, wenn es nicht bezahle. Der einzige Markt, auf dem Deutschland billig kaufen könne, sei Rußland; es sei auch das einzige Land, wo es den Vorteil der Wechselkurs für sich habe. Wenn nicht der Handel mit Rußland in Gang gebracht werde, werde das Chaos in Mitteleuropa fort-dauern.

Geheimrat Deutsch schlug vor, daß ein großes internationales Syndikat zwischen Deutschland, England, den Vereinigten Staaten und vielleicht Frankreich gebildet werden sollte, um wirklich politische Sicherheiten zu gewährleisten. Dann könne der Handel mit Rußland auf einer soliden Basis organisiert werden. Er sagte, daß die Lösung der Frage dringender sei, denn Deutschland müsse Handel treiben. Eine solche Politik sei um so notwendiger, als Deutschland über die oberösterreichische Entschädigung schwer enttäuscht sei. Die Gefühle der Bevölkerung können in Worten nicht ausgedrückt werden. Deutsch sagte: „Die Polen haben die politische Macht und werden mit ihrer Unerfahrenheit und ihrem Verständnis für Desorganisation nicht verfehlen, das Land zu ruinieren. Sie haben Polen ruiniert und werden Ploß ruinieren. Die Wirkung auf die wirtschaftlichen Ausflüchte werden sehr traurig sein. Deutschland muß vernünftig geholfen werden, sonst wird es zusammenbrechen und Europa mit sich ziehen.“

Die Leistungen der Eisenbahn.

Vom

Dr. Wilhelm Groener,

Reichsverkehrsminister.

Die Abendnummer der „Vossischen Zeitung“ vom 25. Okt. enthält unter der Ueberschrift „Ernährungs- und Rohstoffmangel“ einen Artikel, der die augenblicklichen Verkehrsverhältnisse erörtert und diese Besprechung zusammenfaßt unter dem Titel „Zusammenbruch des Verkehrsapparates“. Gegen diese Ueberschrift muß ich den allerhöchsten Protest einlegen, denn sie ist objektiv unrichtig und bedeutet daher eine Irreführung und Beunruhigung des Publikums, die gerade in der heutigen Zeit der wirtschaftlichen Spannung die ernstesten Folgen haben kann.

Der Verfasser des Artikels, der wiederholt in den Spalten der „Vossischen Zeitung“ zu Verkehrsfragen das Wort genommen hat, behauptet, die Reichseisenbahnverwaltung habe zu allen Vorschlägen zur Herbeiführung einer wirklichen Verkehrseinheit und zur wirksameren Verteilung der der Bahn zugeführten Verkehrsmengen auf das ganze Jahr durch Einführung von Erziehungstarifen geschwiegen oder sich ablehnend verhalten. Schon das ist unrichtig. Zu dem Vorschlag des Verfassers, Erziehungstarife einzuführen (vergleiche Nr. 336 vom 20. 7. 1921 der „Voss. Ztg.“), z. B. hat einer der besten Fachkennner auf dem Gebiet des Tarifwesens in Nr. 385 vom 17. August d. J. eine eingehende Erwiderung geschrieben, aus der sich allerdings ergibt, daß der Vorschlag der Einführung von Erziehungstarifen auch nach neuesten Prüfungen für Deutschland zurzeit nicht geeignet erscheint. Nach dem, was der Verfasser des Artikels zum Kapitel „Verkehrseinheit“ sagt, muß ich bezweifeln, daß er über die damit zusammenhängenden Fragen ausreichend orientiert ist, denn er fordert die Herbeiführung der Verkehrseinheit ausgerechnet auf zwei großen Gebieten, auf denen sie bereits in völlig ausreichendem Maße herbeigeführt ist. Auf dem Gebiet des Betriebes werden die Direktiven — und nur um diese kann es sich natürlich handeln — von der Zentrale aus gegeben und unter Mitwirkung der das ganze Reich ohne Rücksicht auf Ländergrenzen umfassenden General-Verkehrsleitungen durchgeführt. Auch auf dem Gebiet der Personalpolitik ist in allen wichtigen Fragen die notwendige Einheitlichkeit herbeigeführt und der Zentralstelle die entscheidende Stimme zugesichert.

Der Verfasser des Artikels greift ferner auf die Darstellung des „Bayerischen Kuriers“ (Nr. 452) über die Vorgeschichte der Streikdrohung der Lokomotivführer zurück und ist geneigt, aus dieser ohne weiteres auf eine sich schärfende „planlose Geschäftsleitung in Eisenbahnwesen“ zu schließen; so etwa lauten seine eigenen Worte. Die Ausführungen des „Bayerischen Kuriers“ sind absolut unrichtig; denn der Kernpunkt der Streitfrage zwischen Lokomotivführern und Eisenbahnverwaltung war nicht, wie viele Stellen in Gruppe VII den Lokomotivführern zugebilligt werden sollten, sondern lediglich die, nach welchen Grundsätzen diese Beamten in die durch das Besoldungsgesetz ihnen gewährten 1000 Stellen der Gruppe VII übergeführt werden sollten. Es ist mir unverständlich, wie in einer so ersten Sache der Artikelschreiber sich damit begnügen konnte, seine Darstellungen auf die Ausführungen eines Blattes zu stützen, ohne die vom Reichsverkehrsminister am 22. Oktober nachmittags durch das Vossische Telegraphen-Büro an die Presse gegebene Erklärung in dieser Frage zu beachten. Hätte er diese Erklärung gelesen, so würde er daraus die Gründe für die Haltung der Verwaltung gegenüber den Forderungen der Lokomotivführer klar ersehen haben.

Der Artikel geht dann auf den augenblicklichen Wagenmangel ein. Auch er soll dazu dienen, den von dem Verfasser gesehenen Zusammenbruch des Verkehrsapparates zu beweisen. Die folgenden Zahlenangaben über die Verkehrsleistungen in den letzten Monaten im Vergleich zu dem Vorjahre dürften beweisen, daß auch hier der Verfasser fehl sieht. Es sind gestellt worden:

An gedeckten Güterwagen (zu 10 Tonnen) insgesamt:

	im August	im September
1920	1 180 415	1 252 478
1921	1 365 412	1 387 101

An offenen Güterwagen (zu 10 Tonnen) insgesamt:

	im August	im September
1920	2 097 676	2 178 148
1921	2 228 868	2 210 157

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß im Jahre 1921 eine bedeutend größere Verkehrsleistung von der Eisenbahn bewältigt worden ist als im Vorjahre, so daß von einem Zusammenbruch der Eisenbahnen nicht wohl geredet werden darf. Die weiter folgenden Bestimmungszahlen für einzelne Güterarten werden zeigen, wie sich die Verkehrsleistungen in einzelnen verteilten und warum insbesondere für Kartoffeln der Bedarf an Wagen nicht hat voll befriedigt werden